

Ihr Gastbeitrag im Handelsblatt vom 7. Juni 2013

Berlin, den 19. Juni 2013

Sehr geehrter Herr Brüderle,

zunächst wünschen wir Ihnen von Herzen eine rasche und vollständige Genesung!

Der Anlass unseres Schreibens ist jedoch weniger Ihr sehr bedauerlicher Sturz, sondern vielmehr Ihr für uns höchst erfreulicher Gastbeitrag im Handelsblatt vom 7. Juni des Jahres.

Ihr Schlusssatz:

„Wenn es nicht notwendig ist, ein Windrad in die Landschaft zu stellen, dann ist es notwendig, kein Windrad in die Landschaft zu stellen.“

war für uns inhaltlich und stilistisch ein Hochgenuss.

Ihre vorangehende Situationsbeschreibung der Erneuerbare-Energien-Politik war aus unserer Sicht seit langer Zeit das mit Abstand Beste, was seitens der Bundespolitik zum Thema „Ökostrom“ zu hören oder zu lesen war.

Aus unserer persönlichen Sicht und aus Sicht der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT. Liegen Sie mit Anamnese und Medikation dieses Krankheitsbildes hundertprozentig richtig.

Besonders positiv ist uns aufgefallen, dass Sie mit der Naturzerstörung im Namen des „Ökostroms“ einen bisher nahezu vollständig vernachlässigten Aspekt ansprechen, der uns und diejenigen Menschen, die sich unserer Initiative angeschlossen haben, besonders bewegt.

Die ökonomische Schieflage der gegenwärtigen EEG-Politik ist schließlich seit Längerem bekannt und die hohen Strompreise sind in Aller Munde. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage hat die für diese Entwicklung ursächlichen Fehlanreize wiederholt und zuletzt massiv kritisiert.

Hinsichtlich des dank EEG völlig ungezügelt und systemwidrigen Ausbaus von Energieerzeugungsanlagen schreiben die Wirtschaftsweisen:

„Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto „je mehr und je schneller desto besser“ verfolgt.“

Zu ergänzen ist: dieser Subventionswettbewerb geht nicht nur zu Lasten des Gemeinwohls, sondern immer stärker auch zu Lasten der Natur.

Auf diese Ergänzung haben wir lange gewartet.

Denn leider beschränkten sich alle Diskussionen um Reform bzw., besser, Abschaffung des EEG weitestgehend auf die Kostendimension und –ansatzweise- auf die unsozialen Verteilungswirkungen.

Derweil blieb dem EEG-Strom der Nimbus des ökologisch Vorteilhaften bislang unbestritten.

Gerade diesen Nimbus genießt der Strom aus subventionierten Windkraft-, Biomasse- und Photovoltaikanlagen jedoch völlig zu Unrecht.

Abgesehen davon, dass unser Strommix aufgrund der mangelnden Grundlastfähigkeit des „Ökostroms“ nicht etwa sauberer, sondern schmutziger geworden ist, geht die planwirtschaftlich organisierte „Öko“-Industrialisierung unseres Landes immer stärker mit direkter Schädigung von Flora und Fauna einher.

Die von den Wirtschaftsweisen beschriebenen Fehlanreize lassen insbesondere bei Landes- und Kommunalpolitikern der Grünen und der SPD sämtliche Hemmungen fallen.

Zur Ansiedlung von Subventionspropellern werden immer stärker auch ökologisch sensible Gebiete herangezogen. Der Naturschutz, aber auch die Interessen und die Gesundheit der Menschen, werden zusehends mit Füßen getreten.

Von wirtschaftspolitischem Erfolg wenig behelligte Landes- und Kommunalpolitiker wittern und nutzen allenthalben die Produktion von Ökostrom als willkommene Chance, um auf Kosten der Allgemeinheit sowie der Natur und der Bürger vor Ort, ihre finanzpolitischen Fehler zu korrigieren und ihre Finanzen zu gesunden.

In völliger ideologischer Verblendung und völliger Unkenntnis des Konzepts „Nachhaltigkeit“ versteigen sich einige Ihrer Kollegen gar zu der Aussage, dass *„nachhaltige Energieversorgung Vorrang vor Naturschutz“* haben müsse (Claus Schmiedel, baden-württembergische SPD) und dass *„Wälder Windräder brauchen“* es mithin notwendig sei, die hessischen Wälder zu roden um sie so vor dem Klimawandel zu retten (Angela Dorn, hessische GRÜNE).

Bar jeder Kenntnis technischer, naturgesetzlicher und ökonomischer Zusammenhänge betreiben Politiker gerade jener Partei, die für sich umweltpolitische Kompetenz reklamiert, einen besonders blindwütigen und brutalen Feldzug gegen die Natur.

Der sogenannte „ökologische Umbau“ der Energieversorgung wird immer mehr zur Perversion des Naturschutzgedankens.

Herr Brüderle,

vor dem Hintergrund dieser für uns unerträglichen Vorgänge und der Ignoranz und Arroganz der Apologeten der gegenwärtigen Erneuerbare-Energien-Politik ist Ihre klare Analyse und Ihre Benennung der ökologischen Schlagseite für uns ein ermutigendes Zeichen.

Wir möchten Ihnen dafür herzlich danken!

Und wir möchten Sie ermutigen, diese Klarheit in der Sprache und der Forderung beizubehalten.

Es gibt sehr viele Menschen, denen die Natur sehr am Herzen liegt und die sich nicht von der Erneuerbare Energien Euphorie und der Propaganda des ökoindustriellen Komplexes den Blick soweit vernebeln lassen, dass sie die Naturzerstörung vor Ihren Augen nicht erkennen.

Diese Menschen finden derzeit keine politische Kraft, die sich ihrer Ohnmacht annimmt, die diese krassen Fehlanreize beseitigt und die Energiepolitik in vernünftige Bahnen lenkt.

Deswegen haben wir die Initiative VERNUNFTKRAFT. gestartet.

Als parteiunabhängige, von engagierten Bürgern und Wissenschaftlern getragene, Initiative möchten wir einer rationaleren, marktwirtschaftlicheren und damit umweltfreundlicheren Energiepolitik den Weg ebnen.

Im ideologischen Streit um die Scheinalternativen Windkraft versus Atomkraft, möchten wir der Vernunft Kraft geben.

Unsere Positionen für eine weitsichtigeren Politik zum Wohl von Mensch und Natur finden Sie im Anhang. Vielleicht finden Sie diese nicht nur im Anhang, sondern ein gutes Stück weit schon in Ihrem eigenen Kopf und Herz. Ihr klares Statement im Handelsblatt lässt uns dies hoffen.

Auf Basis dieser Positionen werden wir vor der Bundestagswahl einen VERNUNFT-Check durchführen und unseren Unterstützern entsprechende Empfehlungen für eine vernünftige Wahl an die Hand geben.

Als politisch denkende Menschen können wir keinen Grund erkennen, warum die Deutungshoheit zur ökologischen Wünschbarkeit von Windkraft und Co. einer weitgehend aus verblendeten und ideologisch befangenen Personen bestehenden namentlich grünen Partei überlassen werden sollte.

Vielmehr scheint es uns die natürliche Kompetenz einer liberalen Partei, auf dem Feld der Energiepolitik die ökologische und ökonomische Vernunft zusammenzuführen. Dass es sich dabei um zwei Seiten derselben Medaille handelt, dürfte in wirtschaftlichem und freiheitlichem Denken geübten Personen intuitiv klar sein.

Wir werden den Bundestagswahlkampf wohlwollend-kritisch und mit großem Interesse begleiten.

Ihnen persönlich wünschen wir dabei viel Kraft und Ihren im Handelsblatt veröffentlichten Vorstellungen viel Gehör.

Zuvor jedoch noch einmal: gute Genesung!

Herzliche Grüße aus

Hessen, Berlin, Sachsen, Bayern und Schleswig-Holstein,


Ute Treber Dr. Nikolai Ziegler Dr. Eckhard Kuck Sven Noack Johann Waldmann Jutta Reichardt